Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenangaben beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat Februar 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 15 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 45 — Sonntag, 22. Februar 1925 — XXXIII. Jahrg.

Deutschland für eine Konferenz in der Kölner Frage

Vorschläge des deutschen Botschafters in London — Gemeinsame Beratungen nach dem Muster der Londoner Reparationskonferenz — England angeblich nicht abgeneigt, Frankreich mißtrauisch

Die Furcht vor Caillaux

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 21. Februar

Mit Empörung wendet sich natürlich der „Temps" gegen die Ausführungen Caillaux' über die poincaristische Vorkriegspolitik Frankreichs. Das Blatt ergeht sich in den stärksten Angriffen auf Caillaux, den es als den „künftigen Ministerpräsidenten des Kartells" bezeichnet und wirft die Frage auf, ob die Linksrepublikaner tatsächlich so verblendet seien, daß sie heute die Auffassung Caillaux über die Vorgeschichte des Krieges zu der ihrigen machen wollten. Der frühere Ministerpräsident kritisierte, wie bereits berichtet, in seiner Programmrede die auf den Revanchekrieg gegen Deutschland gerichtete Politik Poincarés und sprach die Ueberzeugung aus, daß die elsaß-lothringische Frage auch ohne den Krieg gegen Deutschland einer Lösung hätte zugeführt werden können. Das bestreitet der „Temps" auf das entschiedenste und verdächtigt Caillaux, in der Kriegsschuldfrage andrer Meinung zu sein als gewisse Linksrepublikaner, die Poincarés wohl einer eigensüchtigen Politik bezichtigen, aber nicht so weit gehen, daß sie ihn zum Hauptschuldigen am Ausbruch des Krieges stempeln. Es ist sehr interessant, festzustellen, mit welcher Konsequenz Caillaux seine Ideen über das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland unverändert beibehalten hat. Gestern erinnerte er an eine von ihm im Jahre 1911 gehaltene Rede, in der er u. a. sagte, daß zwischen Deutschland und Frankreich eine Verständigung über Elsaß-Lothringen stattfinden könne, falls Frankreich auf kolonialem Gebiete Kompensationen geben würde. Schon damals wies Caillaux auf die Notwendigkeit hin, Deutschland außerhalb Europas ein Betätigungsfeld zu verschaffen und tadelte die engherzige Marokkopolitik Poincarés und dessen Schwäche gegen den russischen Panslawismus. Der „Temps" nimmt Poincaré in Schutz und verhöhnt Caillaux' Urteil über den Kriegsursprung. Trotzdem erkennt man, welche Beunruhigung die Rückkehr Caillaux' ins politische Leben Frankreichs dem nationalistischen Organ verursacht. Es warnt das Publikum vor einer drohenden „Diktatur der Linken" und hegt nur noch die eine Hoffnung, nämlich der Absage der Sozialisten, sich an der Bildung eines künftigen Kabinetts Caillaux aktiv zu beteiligen.

Warum die Sache nicht durchsprechen?

Ein vernünftiger deutscher Gedanke zur Abrüstungsfrage

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 21. Februar

Der Vertreter des „Petit Parisien" in London, dessen Informationen zumeist von einer dem französischen Botschafter sehr nahestehenden Persönlichkeit kommen, macht die sensationelle Mitteilung von einem sogenannten „Manöver" der deutschen Reichsregierung in London. Er schreibt: Die deutsche Diplomatie benutzt die Gelegenheit der schwierigen französisch-englischen Verhandlungen über die Entwaffnungs- und Räumungsfrage, um eine Spaltung zwischen den Alliierten hervorzurufen und die Durchführung der Vertragsbestimmungen zu hintertreiben. Gestern machte der deutsche Botschafter in London dem Auswärtigen Amt den Vorschlag, mündliche Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten über die in dem endgültigen Bericht enthaltenen angeblichen Verfehlungen zu führen. Der deutsche Botschafter erinnerte an die Londoner Reparationskonferenz vom letzten August, die schließlich zu einer für alle Teile befriedigenden Lösung führte, und zwar deshalb, weil die Zugeständnisse Deutschlands auf Grund vorheriger Besprechungen erreicht wurden.

Weiter habe der deutsche Botschafter nach der Mitteilung des „Petit Parisien" eine genaue Uebersicht über die eventuellen deutschen Zusagen geliefert. Angeblich gibt die deutsche Regierung in allen wichtigen Punkten nach, bloß bezüglich der Schupo mache sie ernste Vorbehalte geltend. Die größte Unruhe äußert der „Petit Parisien" darüber, daß sich die englische Regierung am Ende einverstanden erklären würde, den deutschen Vorschlag anzunehmen und zwar deshalb, weil nach englischer Meinung eine friedliche Verständigung über die Entwaffnungsfrage auf die deutsche Oeffentlichkeit günstig einwirken würde. Man hofft in englischen Regierungskreisen, daß Herriot zu diesem Zwecke noch vor dem Zusammentritt des Völkerbundsrates in Genf nach London kommen werde. Da nun dieser Besuch Herriots sehr unwahrscheinlich ist, so wäre Chamberlain bereit, etwas früher nach Genf abzureisen und in Paris über die Frage einer Beteiligung Deutschlands an den interalliierten Verhandlungen mit Herriot zu konferieren. Auch in Brüssel soll bereits die englische Regierung diesbezügliche Vorstellungen gemacht haben. Die Unzufriedenheit, die in dem Bericht des Londoner Korrespondenten des „Petit Parisien" zu bemerken ist, läßt auf die Haltung der französischen Diplomatie eindeutig schließen. Trotzdem darf man annehmen, daß der englische Standpunkt nicht ohne weiteres von Herriot als unannehmbar betrachtet wird.

Die Ansicht der „Times"

⊙ London, 21. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In Londoner politischen Kreisen erwägt man seit langer Zeit eine Heranziehung deutscher Vertreter zu den Verhandlungen über die Entwaffnung. Die „Times" wollen erfahren haben, daß die Besprechungen über die Frage einer deutschen Beteiligung in das entscheidende Stadium getreten seien. Das Blatt schreibt: „Vom Standpunkt des Friedensvertrages aus wäre der selbstverständlichste Weg, daß die Alliierten über den Text einer Note an Deutschland übereinkämen und diese auf gewöhnlichem diplomatischen Wege nach Berlin senden würden. Ein andrer Weg, für den die Londoner Konferenz des vorigen Sommers als Präzedenzfall angesehen werden könne, bestünde in der Erfüllung des von deutscher Seite ausgesprochenen Wunsches nach mündlichen Erörterungen der Einwände des Reiches, bevor eine endgültige Entscheidung gefällt würde." Die „Times" halten die zuletzt genannte Methode für zweifellos elastischer, glauben aber, daß sie nur bei völliger Uebereinstimmung zwischen London, Paris und Brüssel zur Anwendung gebracht werden könnte.

•

England und die Rheingrenze

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 21. Februar. Hier liegen Mitteilungen über einen am 1. März in der englischen Zeitschrift „Fortnightly Review" erscheinenden Artikel vor. In diesem Artikel werden die Beschlüsse des britischen Reichsverteidigungsrates bezüglich der Frage einer Mitwirkung Englands an einem europäischen Konflikt und der Errichtung einer künftigen englisch-französischen Entente auf militärischem und maritimem Gebiete mitgeteilt. In dem Bericht heißt es folgendermaßen: England betrachtet die Rheinlinie und die Scheldemündung als Grundstützen der britischen Sicherheit. England wird niemals zugeben können, daß ein Krieg sich im gleichen Gebiet ereignet, wie in demjenigen von 1914. In diesem Falle würde England alle Maßnahmen treffen, um einen Krieg zu verhindern. Dagegen steht der englische Verteidigungsrat auf dem Standpunkt, daß Großbritannien die Grenzen Deutschlands gegen Polen nicht garantieren könne.

Italienisch-ägyptischer Konflikt

× London, 20. Februar. „Daily Telegraph" berichtet aus Kairo, es scheine trotz ägyptischer und italienischer Dementis wahr zu sein, daß die Italiener von der ägyptischen Regierung die sofortige Anerkennung des italienischen Anspruchs auf die Oase Jerabub gefordert haben. Der energische Ton der Note, der einem Ultimatum nahekomme, habe beträchtliche Besorgnis erregt.

Barthou wiedergewählt

☞ Paris, 21. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Barthou ist zum Präsidenten der Reparationskommission wiedergewählt worden.

Entwaffnung und Sicherheit

Von David Lloyd George
ehemaligem Premierminister Großbritanniens

(Nachdruck und Uebersetzung im ganzen oder einzelner Teile verboten. — Copyright by United Press Associations of America; reproduction in full or in part prohibited.)

Für die Freunde des Weltfriedens ist das störrische Widerstreben Amerikas, Anteil an der Entwirrung der europäischen Zwistigkeiten zu nehmen, entmutigend. Solange die große westliche Republik mit ihrem Prestige und ihrem Losgelöstsein von den traditionellen europäischen Streitigkeiten nicht tatsächlich und mit ganzem Herzen in das Beratungszimmer der Nationen eintritt, müssen die Aussichten auf Frieden auch weiterhin unsicher bleiben.

Der Dawes-Plan, gefolgt von der Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Londoner und der Pariser Konferenz, hat in der Brust aller die Hoffnung aufleben lassen, daß Amerika endgültig seine Isolierungspolitik aufgegeben habe. Der Jubel war verfrüht — und unklug. Die Auslegung, die europäische Staatsmänner und Publizisten der Tatsache gaben, daß Amerika durch eine verantwortliche Delegation vertreten war, die aktiven und einflußreichen Anteil an diesen Beratungen nahm, hat die amerikanische öffentliche Meinung abgeschreckt und in die alte Abwehrstellung zurückgedrängt. Man fürchtete, Amerika sei mit einem Finger in das Räderwerk der europäischen Maschinerie geraten, und es könne nach und nach ganz hineingezogen werden. Oft schon waren die Nationen in den schrecklichen Zähnen dieses Räderwerkes zerzaust und zermalmt worden. Die Menschheit ist mit Narben bedeckt. Die Wunden, die diese Zähne kürzlich schlugen, werden Generationen zur Heilung benötigen. Kein Wunder, daß das amerikanische Volk für seine Kinder fürchtet und bestrebt ist, sie von dem alles zermalmenden Rachen des Monstrums fernzuhalten.

Unter den guten Leuten in Europa besteht die Neigung, diesen Standpunkt als selbstsüchtig anzusehen. Aber — wollen wir doch ganz ehrlich sein — sind die europäischen Nationen nicht selbst verantwortlich für die Befürchtungen und den so zum Ausdruck gebrachten Argwohn, und liefern sie nicht selbst gute Gründe für Amerikas Widerwillen, in ihre Intrigen und Manöver hineingezogen zu werden? Ich habe widerholt auf die unvermeidlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die einige Nationen, die durch den Krieg befreit wurden, sich durch ihre Habgier auf Landesteile, die noch vor kurzem andern gehörten, eingebrockt haben. Lebendig begraben seit Generationen, erstanden diese neubefreiten Nationen aus ihren Gräbern, mit einem Heißhunger, der nicht befriedigt werden konnte.

Polen wird eines Tages schwer an seiner Gefräßigkeit leiden. Wer wird es dann retten? Unverdauliche Mengen von Ukrainern, Weißrussen, Deutschen und Litauern hat es verschlungen. Nicht zufrieden mit dieser schon schwer im Magen liegenden Mahlzeit, versucht es jetzt, die ganze Stadt Danzig, die durch und durch deutsch ist, zu verschlucken. Hier ist der Prozeß der Wiederherstellung, der im allgemeinen in den Konflikten der Völker zur Wiedervergeltung führt, einer der unvermeidlichen Gefahrenherde der Zukunft.

Wenn Rußland sich von seinem Fieber erholt haben wird und sich wieder im Vollbesitz seiner Kräfte befindet, wird es sich nach den verlorenen Provinzen umsehen. Und dann wehe der Nation, die sich weigert, sie wieder herauszugeben. Wie ich höre, brennt die Militärpartei in Rußland schon jetzt darauf, zu marschieren. Sie ist stolz auf ihre reorganisierte Armee und rühmt sich, die einzigen Soldaten in Europa zu besitzen, die bereit und willig zum Kampfe sind. Alles, was dieser Armee fehlt, ist die Hilfe einiger weniger Leute, die in der Kunst der Ausrüstung und Organisation erfahren sind. Französische Staatsmänner tun ihr bestes, das Fehlende zu liefern, indem sie Deutschland zur Verzweiflung und in eine Entente mit Rußland treiben.

Nichts wird so sehr zum Wachsen dieser Verzweiflung beitragen, als das Gefühl, das in Deutschland vorherrscht: die Sieger dächten nicht daran, zu ihrem Teil den Friedensvertrag auszuführen. Der Vertrag von Versailles ist einer der härtesten Pakte, der je einer besiegten Nation aufgezwungen wurde.

Die Nichträumung des Kölner Brückenkopfes ist kein Ruhmesblatt für Völker, die in den Krieg zogen, um die Lehre vom „Fetzen Papier" zurückzuweisen. Nach dem Vertrage hätte Köln im verflossenen Januar geräumt werden sollen. Es ist heute noch von den Alliierten besetzt, und die Alliierten sind heute noch fieberhaft auf der Suche nach Vorwänden, um die Erfüllung dieser heiligen Verpflichtung auf unbestimmte Zeit hinausschieben zu können. Man wird sich erinnern, daß die Alliierten nach dem Friedensvertrag Teile des Rheinlandes besetzen sollten, für Zeiträume, die sich zwischen fünf und fünfzehn Jahren bewegten, als Garantie für Deutschlands Ausführung der ihm auferlegten Bedingungen. Es war ein ominöses Zeichen, daß Frankreich sich den Brückenkopf, der für 15 Jahre besetzt werden sollte, zur Garnison auserkor; England gab man den, dessen Besetzung für fünf Jahre vorgesehen war. Dieser Zeitraum lief im Januar ab, und trotz des deutschen Protestes, aber auf Verlangen aller Alliierten, sind die britischen Garnisonen immer noch in Köln. Sollten sie jetzt zurückgezogen werden, so würden französische Truppen an ihre Stelle treten. Als die amerikanische Garnison Coblenz verließ, waren die Franzosen gleich zur Stelle und besetzten die Stadt. Die Franzosen sind immer noch im Ruhrgebiet, und es besteht kein Zweifel, daß, falls die Engländer Köln aufgäben, die Franzosen einrücken würden, unter dem Vorwand, sie könnten es nicht riskieren, deutsches Territorium im Rücken ihrer westfälischen Garnison zu haben.

Was sind die Entschuldigungen der Sieger für diesen flagranten Bruch von Bestimmungen, die sie selbst in einem Siegesrausch dem besiegten und am Boden liegenden Feinde diktierten? Die Nichtbezahlung der Reparationen kann nicht länger als Grund für die Verlängerung der Besetzung herangezogen werden. Durch den Dawes-Plan ist der Versailler Vertrag in dieser Hinsicht abgeändert worden, und bisher hat Deutschland ihn dem Buchstaben und Sinne nach ausgeführt. Was ist aber dann die Rechtfertigung für die Behandlung dieser wichtigen Klausel des Versailler Vertrages als einen Fetzen Papier? Es wird behauptet, Deutschland wäre seinen Entwaffnungsverpflichtungen nicht nachgekommen. Nie gab es einen unehrlicheren und unanständigeren Vorwand, um gegnerische Schwäche auszunutzen. Deutschland, einst das mächtigste Reich der Welt, ist jetzt so vollständig entwaffnet, daß es mit Aussicht auf Erfolg kaum einen Krieg gegen den kleinsten Balkanstaat wagen dürfte. Welch faule Ausrede, seine schwache Wehr so hinzustellen, als wäre sie eine ständige Bedrohung von Frankreichs prächtiger und vollständig ausgerüsteter Armee!

Vor dem Kriege rühmte sich Deutschland — und nicht mit Unrecht — einer Armee von vier Millionen der bestgeschulten, bestausgerüsteten, und bestorganisierten Soldaten der Welt. Es hat heute eine kleine Truppe von 100 000 jammervoll bewaffneter Leute. Mögen diejenigen, die vorgeben, ehrlich des Glaubens zu sein, daß Deutschland seine Entwaffnung nur vorgetäuscht habe, etwas über die amtlichen Ziffern nachdenken, die Kunde geben von Deutschlands Waffen- und Munitionsablieferungen seit Kriegsende. Man kann diese Zahlen nicht ohne Schauder lesen, wenn man bedenkt, welcher Gefahr Europa entronnen ist. Bis zum Juli 1921 waren teils erobert, teils abgeliefert und zerstört worden: 50 582 Kanonen, 14 500 Minenwerfer und 115 101 Maschinengewehre; ferner 4 218 516 Gewehre und Karabiner, 34 756 082 Granaten und 440 722 100 Rahmen Munition für Handfeuerwaffen. Seitdem ist noch mehr Material abgeliefert und zerstört worden. Eine Nation, die einen Revanchekrieg vorbereitet, würde eine solche Ablieferung kaum vornehmen.

Aber das ist noch nicht einmal alles. Deutschlands berühmte Waffenschmieden sind vollständig zerstört. In diesen Werken ist keine einzige Maschine mehr vorhanden, mit der man eine Kanone oder ein Gewehr herstellen könnte. Die Umstellung in Krupps ungeheuren Werkstätten gewährt all denen ein beruhigendes Schauspiel, die der Zeit entgegenharren, da man Schwerter in Pflugscharen, und Speere in Gartenscheren umschmieden wird. Die Hallen, in denen man die Riesengeschütze goß, die Scarborough bombardierten, und in Belgien und Nordfrankreich Provinzen in Trümmer legten, erzeugen jetzt alle Werkzeuge des Friedens, von der Lokomotive zur Nähmaschine. Die Maschinen, die diese Geschütze fräßten, drehten und bohrten, sind alle an die alliierten Kommissionen abgeliefert und auf deren Befehl zerstört worden. Bereits im Januar 1921 berichtete der bri-